

Diskussion

Alberto R. Bonnet

Argentinien und Lateinamerika in der neuen Weltwirtschaftskrise

Dieser Artikel analysiert verschiedene Wechsel in der politischen Situation Argentiniens und Lateinamerikas in Bezug auf die neue Weltwirtschaftskrise. Der erste Abschnitt erinnert an einige Charakteristika der sogenannten finanzmarktgetriebenen Globalisierung in den 1980er und insbesondere 1990er Jahren, die aufgrund der Kontinuitäten auf diesem Gebiet für die Analyse der heutigen Krise von Bedeutung sind. Die Art und Weise, in der Argentinien und andere lateinamerikanische Länder sich in dieser Zeit in diese Form der Globalisierung integriert und deren Krisen durchgestanden haben, beschreibt der zweite Abschnitt. Der dritte Teil analysiert die Veränderungen, die sich in dieser Einbettung Argentiniens und des Großteils Lateinamerikas in die finanzmarktgetriebene Globalisierung seit dem Ende der 1990er bzw. dem Beginn der 2000er Jahre feststellen lassen. Schließlich skizziert der vierte Teil einige Leitlinien, um, ausgehend von diesen Veränderungen, die Auswirkungen der neuen Finanzkrise auf Argentinien und andere Länder Lateinamerikas zu analysieren.

Obwohl der Artikel sich zwangsläufig mit verschiedenen finanz-ökonomischen Aspekten der Globalisierung und deren Krise beschäftigt, zielt er in Wahrheit auf die Analyse der Auswirkungen der aktuellen Krise auf die politische Situation. Die grundlegende These ist in diesem Sinne, dass aufgrund der genannten Veränderungen in der Einbindung Argentiniens und des Großteils Lateinamerikas in die finanzmarktgetriebene Globalisierung die aktuelle Krise andere politische Auswirkungen hat als die Krise der 1990er Jahre.

Charakteristika der finanzmarktgetriebene Globalisierung

Nach über einem halben Jahrzehnt relativer Ruhe erschütterte wieder ein Erdbeben des Finanzsektors die Welt mit ungewöhnlicher Härte ähnlich denen, die sie in den 1990er Jahren beutelten. Wenn wir uns die Eigenschaften der Finanzkrisen der letzten zehn Jahre ansehen, die für einen Moment über-

wunden schienen, sind die Ähnlichkeiten mit den Merkmalen der heutigen Krise deutlich.¹ Schauen wir uns diese etwas näher an.

Der Prozess der Ausweitung und Sozialisierung der Schulden, der die 1980er und 1990er Jahre prägte, war in der Tat die Quintessenz des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit (Bonefeld & Holloway 1995). Er war Ergebnis einer Welle des Klassenkampfes, die nach dem Krieg den Kapitalismus in die Krise führte, und zugleich eine kapitalistische Antwort auf diese Welle. Als Reaktion hat dieser Prozess der Erweiterung und der Sozialisierung der Schulden einen neuen Modus des Kommandos des Geldkapitals (*capital-dinero*)² über die kapitalistische Akkumulation installiert; als Folge des Klassenkampfes, der sich erneut als Krise ausdrückte, war dieses Kommando zwangsläufig ein Kommando-in-der-Krise (*comando-en-crisis*)³ (Bonnet 2002). Im Folgenden streiche ich einige Charakteristika dieses Kommandos-in-der-Krise des Geldkapitals heraus, um die Ähnlichkeiten zwischen den Krisen der 1990er Jahre und heute zu verdeutlichen.

Um diese Charakteristika herauszuarbeiten, müssen die Größe der Summe der Aktiva, die Natur der Instrumente, das Verhalten der Akteure und die Funktionsweise der Finanzmärkte betrachtet werden. Die für die verschiedenen Finanzoperationen eingesetzten Summen stehen selbstverständlich in keinem Verhältnis zu denjenigen für produktive und Handelsaktivitäten, an die sie im Prinzip gebunden sein sollten. Dies lässt sich im Vergleich zwischen der Menge an Geldwechseltransaktionen und der Summe der getauschten Waren oder der Geldmenge an offiziellen Devisenreserven feststellen, zwischen den Summen, die auf den Märkten für Derivate im Spiel sind und den für die effektive Deckung der Wechsel- und Finanzierungsrisiken benötigten Beträgen, zwischen der Summe von auf den primären und sekundären Märkten gehandelten öffentlichen Wertpapieren und den Produkten oder Exporten der jeweiligen Referenzökonomien, zwischen dem Niveau der Kapitalisierung der Börsen und den Aktiva oder der Rentabilität der Unternehmen usw. Jüngstes Beispiel für dieses Ungleichgewicht ist das in den USA bestehende Verhältnis zwischen der aufgelaufenen Summe an unzureichend gesicherten Hypothekenschulden (*subprimes*) und der Bewertung der beliebigen Immobilien vor dem Ausbruch der Krise.⁴

Die astronomischen Zahlen, die jede dieser Abweichungen illustrieren, bieten eine erste (wenn auch nur quantitativ) beeindruckende Annäherung an den Prozess der Ausweitung und Sozialisierung der Schulden, um die es geht. Noch bedeutsamer für das Verständnis ihrer Spezifik sind einige qualitative, auf die Instrumente und beteiligten Agenten bezogene Aspekte. Dieser Prozess der Ausweitung und Sozialisation der Schulden unterscheidet sich zum Teil durch eine größere Ausbreitung und eine Bedeutungsverschiebung

der bestehenden Finanzinstrumente, wie die börsennotierten Aktien und Staatsanleihen, die Marx (1983: Kap. 29 und 30) als die Repräsentanten *par excellence* für das fiktive Kapital bezeichnet hat. Die Börse wandelte sich zum privilegierten Ort der Umstrukturierung von Zertifikaten und zu einer wichtigen Quelle außerbankmäßiger Finanzierung. Dank der enormen Haushaltsdefizite und der Verschuldung der kapitalistischen Staaten des Zentrums weiteten sich der primäre und der sekundäre Markt für Staatsanleihen aus und boten neue liquide und sichere Instrumente für Finanzierung und Spekulation. Noch aufschlussreicher ist der Erfindungsreichtum der Finanzmärkte, also die Erzeugung neuer Instrumente der kurzfristigen und hohen Liquidität. Eine umfangreiche Kategorie bilden die *securities*, die ausgegeben werden als Mittel zur außerbankmäßigen Finanzierung für Industrie-, Handels- und Finanzkonzerne oder für Banken und internationale Organisationen wie die Weltbank oder die europäische Investitionsbank. Diese Kategorie beinhaltet die riskanten *junk bonds*, die von Spekulationsfonds an elektronischen Handelsplätzen wie dem Nasdaq gehandelt werden. Dazu gehören insbesondere die als Wertpapier gehandelten besicherten Anleihen (wie die nordamerikanischen *Residential Mortgage Backed Securities*), die seit 2007 das Vermögen von so vielen Spekulanten versenkt haben. Zu diesen Wertpapieren kommt eine große Spannbreite an Derivaten (Futures, Optionen und Swaps) auf Zins- und Wechselkurse, Börsenkurse und Rohstoffpreise. In diese Kategorie fallen beispielsweise die *commodities derivatives* auf Rohstoffpreise, deren Markt Ende 2008 zusammenbrach.

Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass all die neuen Finanzinstrumente den fiktiven Charakter, den Marx mit öffentlichen Wertpapieren und Aktien verband, enorm potenzieren, weil sie gewissermaßen die für sie charakteristische Spaltung verdoppeln (vgl. Bonnet 2000). Ein auf einen Börsenindex bezogenes Derivat impliziert beispielsweise eine doppelte Spaltung bezogen auf die letztinstanzliche Referenz, den Wert des produktiven Aktivvermögens: eine erste Spaltung zwischen diesem Wert des Aktivvermögens und seiner fiktiven Repräsentanz (der Aktie) und eine zweite Spaltung zwischen dieser Repräsentanz und deren eigener fiktiven Repräsentation (dem Derivat). Angebot und Nachfrage operieren ihrerseits ebenso bezogen auf die Preise der Aktien wie auf die der Derivate, sodass deren Verselbstständigung in Bezug auf ihren letztendlichen Referenzwert durch die doppelte Spaltung wächst. Die extreme Anfälligkeit dieser Märkte hat in dieser gestiegenen Verselbstständigung eine ihrer Gründe.

Ein weiteres Charakteristikum dieses Prozesses der Ausweitung und Spezialisierung der Schulden ist dank der Entkoppelung und der vorherrschenden direkten Finanzierung das Auftauchen neuer Finanzakteure. Ausgezeichnete

Beispiele für diese neuen Akteure sind die großen institutionellen Investoren: die Pensionsfonds (*pension funds*), die Investitionsfonds (*mutual funds*) und die spekulativen Fonds (*hedge funds*). Die heutige Krise hat einige dieser Akteure, als Täter und Opfer zugleich, in Szene gesetzt. So erging es den mit nordamerikanischen Investmentbanken verbundenen Fonds, die sich der Spekulation mit solchen Hypothekentiteln widmeten und während der Krise verbrannten, etwa Bear Stearns oder Lehman Brothers.⁵ Aber die Tendenz zur Entkoppelung und zur direkten Finanzierung hat auch bei traditionellen Akteuren zu Veränderungen geführt. Das Auftauchen einer Elite von internationalen Großbanken wie den genannten, die sich in Bezug auf das Volumen ihrer Transaktionen in Hauptakteure am Finanzmarkt wandelten, leitete diesen Umbruch ein. Es reicht, die Firmennamen der Mitglieder dieser Elite durchzugehen, um festzustellen, dass praktisch keine der aus den USA oder Europa stammenden die aktuelle Krise unbeschadet überstanden hat.⁶

Argentinien und Lateinamerika in der finanzmarktgetriebene Globalisierung

Die Mitte der 1970er Jahre einsetzende Schuldenkrise war die Eingangspforte, über die Argentinien und die anderen Länder Lateinamerikas in den 1980er und 1990er Jahren in den genannten Prozess der Ausweitung und der Vergesellschaftung der Schulden gerieten (Bonnett 2001). Und sowohl Argentinien als auch weitere Länder Lateinamerikas übernahmen letztendlich eine führende Rolle in den Finanzkrisen, was zu diesem Prozess führte. Doch gehen wir schrittweise vor.

Die Auslandsverschuldung in Lateinamerika muss als weiteres Beispiel dieses Prozesses der Ausweitung und Vergesellschaftung der Schulden verstanden werden, der Ausdruck der Entfaltung des allgemeinen Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit ist (Cleaver 1989). Am Anfang des Prozesses steht das Recycling der Petrodollars. Es ist nicht ausschließlich auf den konjunkturellen Anstieg des Ölpreises zurückzuführen, sondern auf eine massive Kapitalflucht. Diese ist begründet in der nachlassenden Rentabilität der in der Krise befindlichen spätkapitalistischen Gesellschaften. Die daraus folgende Ausweitung der Kredite, die sich zu Beginn in der Ausweitung der Kredite der internationalen Handelsbanken und nur nachrangig in der Ausgabe international handelbarer Wertpapiere zeigte, hatte im Prozess der Auslandsverschuldung der Länder der Peripherie in der Mitte der 1970er Jahre ihr Gegenstück. Dieser Verschuldungsprozess markierte die erste Phase der Integration Argentiniens und ganz Lateinamerikas in die finanzmarktgetriebene Globalisierung. Es handelte sich um eine Flucht nach vorn, die in

einigen Ländern mit der von Militärdiktaturen betriebenen Repression gegen Arbeiter zusammenfiel. Sie verschob die Krise des Nachkriegskapitalismus in den Ländern Lateinamerikas auf den Beginn der 1980er Jahre. Die letzte argentinische Militärdiktatur vervielfachte beispielsweise zwischen 1976 und 1983 die Auslandsschulden von rund 7,8 auf rund 45 Mrd. US\$.

Die Schuldenkrise, die ihren Höhepunkt damit erreichte, dass Mexiko im Jahre 1982 den Schuldendienst einstellte, führte zu einer neuen Phase der Integration Argentiniens und Lateinamerikas in die finanzmarktgetriebene Globalisierung. Als Scharnier zwischen der einen und der anderen Phase fungierten nach der neoliberalen Wende seit Anfang der 1980er Jahre die monetaristischen Politiken zur Disziplinierung der Arbeiter, die Paul Volcker 1979 der *FED*⁷ verordnete. Der Kreditrückgang und die andauernde Stagnation der *verlorenen Dekade* der 1980er Jahre stehen für diese zweite Phase. Seitdem wurde die Auslandsverschuldung zum hervorstechenden Ausdruck der Krise des Kapitalismus der Nachkriegszeit in Lateinamerika. Darüber hinaus wurde sie zum entscheidenden Werkzeug der Neustrukturierung, mit der das Kapital auf die Krise antwortete. Mit anderen Worten: Die Schuldenkrise wurde zum profilierten Merkmal des Kommandos-in-der-Krise des Geldkapitals in Argentinien und Lateinamerika.

Nach den Investitionsströmen von Geldkapital in den 1980er Jahren setzte seit 1990 in Lateinamerika, angeführt von Brasilien, Mexiko und Argentinien, erneut der Prozess der Auslandsverschuldung ein. Es begann eine dritte Phase der Integration in die finanzmarktgetriebene Globalisierung⁸. In den beiden Amtszeiten von Carlos Menem (1991-1997) stiegen die argentinischen Auslandsschulden von rund 61,3 Mrd. US\$ auf rund 124,3 Mrd. US\$. Dieses Mal nahm die Ausweitung der Kredite eine neue Form an, denn im Zuge der massiven Umstrukturierung der Schulden im Rahmen des Brady-Plans wurden sie in handelbare Schuldverschreibungen gewandelt; das Kreditvolumen der Banken wurde von der Schuldenhöhe der Länder entkoppelt. Die internationalen Banken antworteten also auf die Einstellung der Schuldenzahlungen und den drohenden Zusammenbruch des Bankensystems mit einer noch weitergehenden Sozialisierung der Schulden.

Die Entkoppelung der Kredite von den Banken und ihre Umwandlung in handelbare Schuldentitel perfektionierte das Funktionieren des Kommandos-in-der-Krise des Geldkapitals, weil ab jetzt die Schuldentitel täglich an den internationalen Finanzmärkten bewertet wurden. Die daraus resultierenden Risikoprämien (*Spreads*) der Fonds und die von Analysten abgeschätzten Länderrisiken wurden seither zu einem bedeutenden Sanktionierungsmechanismus bezüglich der Ausbeutungs- und Herrschaftsbedingungen in den betroffenen Ländern.

Argentinien ist hierfür ein Paradebeispiel. Der neue Schuldenzyklus, der sich von 1991 – als das zwischen 1988 und 1990 de facto bestehende Schuldenmoratorium überwunden war – bis 1997 – als die Krise, die in Südost-Asien ausbrach, die Finanzströme nach Argentinien und Lateinamerika abbrechen ließ – erstreckt, führte nicht nur zu einer Verdoppelung der Auslandsschulden, sondern auch zur Entkopplung und Handelbarkeit der neuen öffentlichen Schuldverschreibungen – ein stimmiges Resultat der aus dem vorigen Zyklus im Rahmen des Brady-Plans geerbten Umstrukturierung der öffentlichen Schulden und der Tendenz der inländischen Großbourgeoisie, sich durch die Platzierung von Schuldtiteln auf dem internationalen Markt zu finanzieren. So machten die verzinslichen Wertpapiere, die sich 1991 auf nur 10,3 % der Schulden beliefen, 1997 54,1 % der Schulden aus. Im gleichen Zeitraum nahmen umgekehrt die Schulden bei den Handelsbanken von 53,9 % auf 16,3 % ab.⁹ Welchen Druck diese Schulden auf die inländische Wirtschafts- und Sozialpolitik ausübten, lässt sich leicht vorstellen. Es genügt, daran zu erinnern, dass Argentinien – nach der vom IWF inspirierten Politik der Kapitalisierung der Schulden – im gesamten Lateinamerika am weitesten im Prozess der Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Tausch gegen Schuldverschreibungen voranschritt. Noch deutlicher aber wird die Art und Weise, wie die Entkoppelung und Handelbarkeit der Schulden das Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals verstärkte anhand der Sanktionen, die es durch die täglichen Veränderungen der Risikoprämien und der Länderrisikobewertung während der Entwicklung der im Dezember 2001 ihren Höhepunkt erreichenden Krise ausübte.

Sicher, das Kommando, dass das Geldkapital durch die Sanktionen in den 1990er Jahren ausübte, war mehr denn je ein Kommando-in-der-Krise. Das Ranking der Schuldner gliche in der Tat einem Ranking der Finanzkatastrophen. Eine ausgewählte Gruppe lateinamerikanischer Länder – Brasilien, Mexiko und Argentinien, in dieser Reihenfolge – zusammen mit den asiatischen Ländern China, Thailand, Indonesien, Korea und Malaysia stehen für 70 % des heiklen Geldkapitals.¹⁰ Von ihnen ging Mexiko in der Krise 1994-1995 unter. Argentinien und, weniger dramatisch, Brasilien versanken in der Krise von 1998-2001. Thailand, Indonesien, Korea und Malaysia strandeten in der Krise von 1997-1998.

Argentinien und Lateinamerika im Angesicht der neuen Krise

In Anbetracht dieser Karriere des Kommandos-in-der-Krise des Geldkapitals überrascht es, dass sich die weltweite Krise von 2008/2009 auf Lateinamerika nicht insgesamt wesentlich katastrophaler auswirkte. Sie ist zwar auf der

Ebene des Weltmarktes wesentlich tiefer als beispielsweise die Asien-Krise von 1997/1998, dennoch sind ihre Folgen für Argentinien und verschiedene weitere lateinamerikanische Länder bis jetzt weniger gravierend. Der Schlüssel zum Verständnis dieser offensichtlichen Paradoxie liegt, wie wir sehen werden, in der relativen Verringerung der Unterwerfung dieser Länder unter das Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals während der letzten Dekade. Doch zunächst müssen wir bei der Analyse dieses Phänomens verweilen.

In vielen Ländern Lateinamerikas endeten die 1990er Jahre katastrophal. Die Regenschaft des Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals diente auf dem ganzen Kontinent der Durchsetzung von neoliberalen monetären Finanzpolitiken zur Disziplinierung der Arbeit. Man denke nur im Falle Argentiniens an die Einführung der Dollar-Konvertibilität¹¹ während der beiden aufeinander folgenden Administrationen von Menem und Fernando de la Rúa zwischen 1991 und 2001. Die Konvertibilität verhinderte die Geldentwertung im Tauschverhältnis, übte – gestützt auf eine ansteigende Ausbeutungsrate der Arbeit und gedeckt von den Geldkapitalflüssen, die aus der bereits erwähnten externen Verschuldung resultierten – Druck aus, damit das inländische Kapital wieder in den Wettbewerb auf dem Weltmarkt einstieg (vgl. Bonnet 2008:V). Aber Argentinien war keine Ausnahme. Zu erwähnen wären ferner die Wende des *Priismus* von Miguel de la Madrid und besonders der *soziale Liberalismus* von Salinas de Gortari y Zedillo in Mexiko zwischen 1982 und 2000, der *Plan Real* von Fernando Henrique Cardoso, zunächst Minister unter Itamar Franco und 1992-2002 Präsident Brasiliens, das von Gonzalo Sánchez de Losada in Bolivien angegangene Reformprogramm zwischen 1993 und 2003, die *große Wende* von Carlos Andrés Pérez und die *Agenda Venezuela* von Rafael Antonio Caldera zwischen 1989 und 1998, die Dekade von Alberto Kenya Fujimori 1990-2000 in Peru, die Wirtschaftspolitik der zwischen *blanco* und *colorado* wechselnden Regierungen von Luis Alberto Lacalle, Julio María Sanguinetti und Jorge Luis Batlle in Uruguay zwischen 1989 und 2004, die Dollarisierung durch Jorge Jamil im erschütterten Ecuador von 2000 usw.

Am Ende der Dekade bzw. zu Beginn der nächsten mündete die Mehrheit dieser Politiken der neoliberalen Disziplinierung in einen Anstieg sozialer Kämpfe, die diese Politik mehr oder weniger schroff zurückdrängten. Dieser Aufschwung sozialer Kämpfe kündigte sich früh im zapatistischen Aufstand von 1995 an und setzte sich später sowohl in aufständischen Prozessen wie den Absetzungen von Mahuad in Ecuador 2000, de la Rúa in Argentinien 2001 und Sánchez de Losada in Bolivien 2003 sowie in durch Wahlen herbeigeführten Wechseln zu mehr oder weniger reformistisch orientierten Politiken etwa von Hugo Rafael Chávez in Venezuela 1999, Luiz Inácio

Lula da Silva in Brasilien 2002, Néstor Carlos Kirchner in Argentinien 2003, Tabaré Vázquez in Uruguay 2004, Alan Gabriel Ludwig García – knapper Sieger gegen Ollanta Moisés Humala – in Peru 2006 und Fernando Armindo Lugo in Paraguay 2008 fort. Hinzu kamen selbstverständlich die Wahlsiege von Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador, beide 2006, wengleich sie in den vorherigen aufständischen Prozessen begründet liegen. Und schließlich muss die Krise und der Bruch des PRI-Regimes in Mexiko 2000 genannt werden, auch wenn sich dies die neoliberal orientierte Partei PAN zunutze gemacht hat.

All diese Prozesse waren und sind natürlich sehr heterogen. In den verschiedenen Ländern Lateinamerikas differierte die Implementierung neoliberaler Politiken während der 1990er Jahre in erheblicher Weise, besonders bezüglich des Ausmaßes, in welchem es den lokalen Bourgeoisien gelang, sie durchzusetzen. Ebenso unterschiedlich zeigte sich zur Jahrtausendwende auch das Aufkommen der sozialen Kämpfe, die mit diesen Politiken aufräumten, hinsichtlich ihres Charakters, ihrer Intensität und ihrer Resultate. In einigen Ländern, etwa in Kolumbien, verliefen die Prozesse aus verschiedenen Gründen gänzlich anders. Aus Platzgründen können diese Spezifika nicht näher ausgeführt werden. Für die weitere Argumentation ist es wichtig, in verallgemeinerter Form festzuhalten, dass es um das Jahr 2000 zu einem Anstieg sozialer Kämpfe kam, die in ganz Lateinamerika neue, für Arbeiter günstigere Kräfteverhältnisse erwirkten.

Genau diese neuen Kräfteverhältnisse waren es, die in verschiedenen Ländern Lateinamerikas zu einer relativen Verringerung der Unterwerfung unter das Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals führten. Zu einem Teil ging diese Machtverschiebung nicht auf politische Entscheidungen zurück, sondern einfach auf die Verringerung der Geldkapitalflüsse, der sich Lateinamerika am Ende des Jahrzehnts gegenüber sah.¹² Zu einem anderen Teil beruhte es, je nach Fall mehr oder weniger ausgesprochen, auf einer Wende in der Orientierung der Wirtschaftspolitik verschiedener lateinamerikanischer Regierungen.

Die so genannte *Schuldenreduzierung* war hierbei besonders relevant – sie sollte aber mit Vorsicht betrachtet werden.¹³ Sie wurde weder durch einen Bruch mit den internationalen Organisationen noch durch die Abkoppelung von den internationalen Finanzmärkten erreicht. Vielmehr ergaben sich die Schuldenumstrukturierung und die vorzeitige Schuldentilgung aus ihren eigenen Erfordernissen.¹⁴ Zwischen dem Rückgang der Geldkapitalströme in die lateinamerikanischen Länder und der Entschuldungspolitik, die deren Regierungen voranbrachten, gibt es eine deutliche Kontinuität: Diese Politik war die Umwandlung einer Notwendigkeit in eine vermeintliche Stärke. Der

Rückgang der Geldkapitalströme und die Entschuldungspolitik brachten zudem die Veränderung der Kräfteverhältnisse und den Anstieg der sozialen Kämpfe zum Ausdruck. Im ersten Fall zeigte sich dies als übereilte Flucht des Geldkapitals und im zweiten Fall als politischer Versuch, Autonomie zu gewinnen. Im Ergebnis wurde jedenfalls das Gewicht der Außenschulden Lateinamerikas reduziert.

Zwischen 2001 und 2008 sind die Schulden in absoluten Zahlen von 749 Mrd. US\$ auf 728 Mrd. US\$ gesunken. Noch deutlicher ist das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt von 36,4 % auf 20,1 % sowie das Verhältnis der Schulden zu den Finanzreserven von 456 % auf 163 % (auf Grundlage von CEPAL-Daten) gefallen.¹⁵ Dies führte insgesamt zu einem relativen Rückgang der Unterwerfung der lateinamerikanischen Länder unter das Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals.

Die größten lateinamerikanischen Länder – Brasilien, Mexiko und Argentinien – folgten diesem Kurs. Bleiben wir bei Argentinien, einem sehr eindrucksvollen Fall: Durch die Krise von 2001 war das Land zahlungsunfähig, da trotz der Währungsabwertung das Schuldenniveau konstant blieb. Der Ausweg aus dem Zahlungsstopp wurde auf drei verschiedene Arten, wenn auch mit gleichem Ziel – der Entschuldung durch die vorzeitige Bezahlung der Schulden – beschritten. Erstens wurden 2003-2004 zahlreiche Zahlungen an die internationalen Finanzinstitutionen getätigt. Zweitens wurde Anfang 2005 drei Viertel der Schulden in privater Hand restrukturiert, was eine Tilgung von 43 % des nominalen Werts bzw. 65 % des aktuellen Werts bedeutete (dies liegt deutlich unter den 75 % des nominalen Werts, den die Regierung in Dubai im September 2003 als unverhandelbar bezeichnete), und 2005-2007 fällige Beträge zwischen 13 und 15 Mrd. US\$ jährlich gezahlt.¹⁶ Drittens wurden im Dezember 2005 Kredite in Höhe von 9,8 Mrd. US\$ beim IWF mit Hilfe von Rücklagen getilgt. Wie auch andere Regierungen populistischer Prägung so verband die Kirchner-Administration die Entschuldung mit einem Diskurs der Rückeroberung der Autonomie des Staates und der Unabhängigkeit der Nation, die von ihrer Gefolgschaft bejubelt wurde, auch wenn in Wirklichkeit der IWF selbst die Entschuldung seit Monaten einforderte (vgl. *Clarín*, 16. 12. 2005). In jedem Fall wurde damit die Unterordnung Argentiniens unter das Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals abgeschwächt. In anderen Worten: Wäre das Land in diesem Jahrzehnt noch derart eng mit den internationalen Finanzmärkten verflochten gewesen wie in den 1990er Jahren, so hätte die aktuelle weltweite Krise es von Beginn an in eine wirtschaftliche Depression gerissen. Man denke nur an die Folgen des Abzugs der Geldkapitalströme, die durch die Asien-Krise

Ende 1997 ausgelöst wurden, für die argentinische Wirtschaft – eine Krise, die weit weniger dramatisch war als die gegenwärtige.

Und trotz allem ist die Krise da...

Das alles heißt natürlich nicht, dass Argentinien oder irgendein anderes lateinamerikanisches Land von der enormen gegenwärtigen Krise nicht betroffen wäre. Sicherlich haben einige lateinamerikanische Regierungen populistischer Prägung betont, dass diese neue Krise in den Vereinigten Staaten verursacht wurde, um so zu behaupten – und sei es auch nur auf diskursiver Ebene –, dass sie damit nichts zu tun haben.¹⁷ Aber dies ist lediglich Rhetorik. Die fallenden Preise und der Rückgang des Warenhandels auf dem Weltmarkt haben unausweichlich die Handelsbilanzen der lateinamerikanischen Länder verschlechtert, die eine Schlüsselrolle bei der vorangegangenen Boomphase gespielt hatten. Ausbleibende Kapitalströme, die sich langsam zu erholen beginnen, haben die Finanzen aus dem Gleichgewicht gebracht, weil mit dem Rückgang der Steuereinnahmen die Notwendigkeit externer Finanzierung anstieg. Für das laufende Jahr hat die CEPAL selbst im Juli 2009 eine Rezession (-1,9 % Wachstum) und damit den ersten Rückgang des BIP seit der Krise zu Beginn dieses Jahrzehnts vorausgesagt. Es bleibt richtig, dass Lateinamerika wohl nicht die am stärksten betroffene Region auf dem Weltmarkt ist. In der letzten Korrektur der Perspektiven für die Weltwirtschaft vom Juni 2009 hat die Weltbank eine erhebliche Schrumpfung des Weltsozialprodukts prognostiziert: Während das Weltsozialprodukt um 2,9 % fällt – der erste Einbruch des Weltsozialprodukts seit dem Zweiten Weltkrieg –, geht es in Lateinamerika um nur 2,2 % zurück; in den hochentwickelten Ökonomien der OECD-Länder nimmt der Rückgang dagegen mit -4,2 % größere Ausmaße an. Dies heißt aber nicht, dass sich die lateinamerikanischen Länder, unabhängig davon, welche Politiken von ihren jeweiligen Regierungen verfolgt werden, von der Krise fernhalten könnten. Unser Argument lautet, dass die gegenwärtige Krise sich in Lateinamerika anders auswirkt als diejenige der 1990er Jahre. Das heißt aber keinesfalls, dass sie sich gar nicht bemerkbar macht.¹⁸

Statt also weiter zu fragen, ob die lateinamerikanischen Länder in die Krise hineingezogen werden oder nicht, sollten wir uns besser fragen, auf welche Weise und mit welchen politischen Konsequenzen dies geschehen wird. In der Tat sind die lateinamerikanischen Ökonomien in dieser Krise noch nicht in so katastrophentypischer Weise untergegangen wie in der Krise der 1990er Jahre. Anders gesagt, sind sie weniger betroffen als zu dem Zeitpunkt, als das Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals finanzielle Sanktionen über

die Bedingungen der Ausbeutung und Beherrschung in der kapitalistischen Peripherie verhängte, die außerdem zur Entfesselung von globalen Krisen beitrugen. Bisher versanken sie diesmal nur bis zu einem gewissen Punkt. Denn was über den Handel und die Investitionen auf der Ebene des Weltmarkts hereinbrach, führte zum Kollaps des Kommandos des Geldkapitals und dessen Flucht in das Zentrum des globalen Kapitalismus.

Aber diese graduelle und weniger katastrophenartige Form, die die Krise in den lateinamerikanischen Ländern angenommen hat, bedeutet nicht notwendig, dass sie mit weniger signifikanten politischen Konsequenzen einherginge. Bleiben wir bei diesem Punkt: Die gewaltigen Wirtschaftskrisen der 1990er Jahre mündeten nicht notwendigerweise in politische Krisen. Zumindest innerhalb bestimmter Grenzen haben die Sanktionen des Kommandos-in-der-Krise des Geldkapitals die Akkumulationsbedingungen verschlechtert (d.h. Rezessionen ausgelöst) und damit zugleich die Bedingungen der Beherrschung gestärkt (also die Stellung gewisser Regierungen konsolidiert). Dies konnte geschehen, weil die politische Macht der neokonservativen Regierungen der 1990er Jahre stark von ihrer Fähigkeit abhing, die Arbeiterschaften disziplinierende Finanz- und Währungspolitiken zu implementieren, während die Finanzflüsse bzw. -rückflüsse wie externe Rückversicherungen für diese Fähigkeit wirkten. Die mit dem so genannten Tequila-Effekt in Verbindung stehende Finanzkrise beispielsweise hat in entscheidender Form die Zustimmung zur ersten Menem-Regierung in Argentinien gestärkt und ihre problemlose Wiederwahl 1995 ermöglicht. Etwas Vergleichbares geschah u.a. in der Finanzkrise 1998 bei der Wiederwahl von Cardoso in Brasilien. Doch auch diese Ereignisse spielten sich innerhalb gewisser Grenzen ab: Weder Menem noch Cardoso überlebten politisch die Vertiefung der Krise Ende der 1990er Jahre. Dennoch besteht ein erheblicher Unterschied in der Veränderung der Akkumulationsbedingungen und der Herrschaftsformen der 1990er Jahre und denen der nachfolgenden Dekade.

Die politische Macht der aktuellen reformistischen Regierungen populistischer Prägung in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern hängt anscheinend im Gegensatz dazu von ihrer Fähigkeit ab, bei ökonomischen Zugeständnissen an verschiedene Klassen und Klassenfraktionen ein Gleichgewicht zu halten. Diese Fähigkeit steht und fällt allerdings mit ökonomischem Wachstum, genauer gesagt: mit dem fortwährenden Exportwachstum derjenigen Waren, die öffentliche Einnahmen erzeugen und diese Zugeständnisse ermöglichen. Die Zölle auf die Agrarexporte (*retenciones*), besonders auf die Exporte von Weizen und Speiseöl bzw. dessen Produkte, machen beispielsweise im Zeitraum 2002-2007 in Argentinien 8 % bzw. 12 % der Staatseinkünfte aus; 2008 liegen sie bei über 15 %.¹⁹ Die ersten Opfer

der Krise waren die Märkte für diese Waren. So war der Preis für Soja, das wichtigste argentinische Exportprodukt, bis Mitte 2008 auf über 600 US\$ pro Tonne gestiegen, um sich ein Jahr später fast zu halbieren. Ähnliche Entwicklungen hat es auch bei vielen anderen Lebensmitteln gegeben. Die Regierung unter Cristina Fernández sieht – genau wie die Regierungen Chávez in Venezuela, Morales in Bolivien oder Correa in Ecuador – einer düsteren Zukunft entgegen, wenn die Preise für Soja, Erdöl, Erdgas oder bestimmte Früchte weiter fallen. In einer Serie von sozialen Konflikten, die in den letzten Monaten in diesen Ländern auftraten, scheinen die Anzeichen von politischen Krisen auf, die bald folgen könnten. Dies ist der Fall in den Auseinandersetzungen und der aus ihnen folgenden politischen Krise in Argentinien, seitdem die Agrarbourgeoisie von März bis Juli 2008 den *lock-out* organisierte (vgl. Bonnet 2009, i.E.). Diese Krise prägte die Ergebnisse der Kongresswahlen im Juni 2009 zu Ungunsten des Offizialismus. Ähnliche Situationen zeichnen sich auch in den konfliktreichsten lateinamerikanischen Ländern Bolivien und Venezuela ab.

Die Fähigkeit der reformistischen Regierungen, das Gleichgewicht an Zugeständnissen zu halten, hängt folglich im Gegensatz zu früher nicht von den Kapital- und Geldflüssen und -rückflüssen ab. Zuvor haben wir bereits die Aufweichung der Unterordnung der lateinamerikanischen Länder unter das Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals erwähnt. In diesem Sinne können die genannten reformistischen Regierungen ihre größere politische Autonomie zur Schau stellen – und tun dies auch regelmäßig. Trotzdem schrumpfen die internen und externen Märkte und reduzieren sich die öffentlichen Einnahmen, sobald die Krise an Fahrt gewinnt. Und so könnten sich auch die reformistischen Regierungen gezwungen sehen, auf externe Finanzquellen zurückzugreifen. So ist wohl der Versuch der argentinischen Regierung zu verstehen, seit September 2008 wieder auf die internationalen Finanzmärkte zurückzukehren, von denen unabhängig zu sein sie soeben noch proklamiert hatte, nachdem der *lock-out* im Agrarsektor das Projekt, die öffentlichen Einnahmen durch die Erhöhung der Exportzölle zu heben, zum Scheitern gebracht hatte. Aber auch die Möglichkeit, auf die externe Finanzierung zurückzugreifen, zumindest durch die Anhäufung von Schuldtiteln, zerfiel mit der Verschärfung der weltweiten Krise selbst seit Oktober 2008.²⁰

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die aktuelle Krise Argentinien und viele andere lateinamerikanische Länder zumindest in ökonomischer Hinsicht in weniger katastrophentypischer Weise in ihren Sog zieht als die Krisen der 1990er Jahre. Dennoch kann sie weit drastischere Veränderungen in politischer Hinsicht mit sich bringen. Denn sie hat mit Sicherheit den Wachstumszyklus beendet, der Argentinien und weite Teile Lateinamerikas

seit 2002/2003 prägte. Noch weit bedeutender ist jedoch, dass sie auch den reformistischen politischen Zyklus beenden könnte, der sich auf jenes ökonomische Wachstum stützte. Die Kombination zwischen beiden Aspekten kann eventuell zu einem neuen Aufflammen sozialer Kämpfe führen, und diese könnten neue politische Herausforderungen mit sich bringen, die wir nicht voraussehen können. Aber wenn es eine politische Lehre aus diesem wechselvollen reformistischen politischen Zyklus zu ziehen gibt, dann diese, dass keines der Versprechen einer Abkoppelung von der Weltwirtschaft seitens der kapitalistischen lateinamerikanischen Länder eine emanzipatorische Alternative für die Arbeiterschaft in der Region anzubieten scheint.

Übersetzung aus dem Spanischen:

Anne Tittor, Olaf Berg, Olaf Kaltmeier & Helen Schwenken

Anmerkungen

- 1 Diese gemeinsamen Charakteristika verweisen vor allem auf die Mechanismen, durch die sich diese Krisen generieren und ausdehnen – auch wenn selbstverständlich jenseits der Ähnlichkeit auf diesem Niveau auf der grundlegenden Ebene der Funktionsweise des zeitgenössischen Kapitalismus Kontinuitäten zu entdecken sind. Eine kompakte Darstellung dieser Mechanismen findet sich bei Lapavistas (2007) und Aglietta (2008).
- 2 Der Begriff Geldkapital verweist auf eine Marxinterpretation im Umfeld des „Open Marxism“, die Geld als eine *Form* von Kapital begreift und den Terminus damit vom Begriff des Finanzkapitals als einer Kapital*fraktion* abgrenzt. In dem von Bonnet zitierten Sammelband von Bonefeld & Holloway schreibt ersterer: „Produktives Kapital, Warenkapital und Geldkapital sind Formen, die der Wert im rastlosen Prozeß seiner Ausweitung annimmt. Ihre Unterschiedlichkeit existiert nur als Einheit der Unterschiede und damit als widersprüchliche Bewegung. Diese widersprüchliche Bewegung wird nicht durch die Konkurrenz zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen oder durch die ‘Logik’ des Kapitals konstituiert, sondern durch die widersprüchliche Integration von abstrakter Arbeit und Wertform.“ (Bonefeld 1996). Anm. d. Übers.
- 3 Diese Begriffsbildung beruht auf der Annahme, dass Geld die Form ist, „in der das Kapital vor dem Widerstand der Arbeiterklasse in den Fabriken flieht“ (Bonefeld 1996). Doch das „Kapital kann sich nicht erlösen, indem es Geld aus Schulden macht. (...) Es kann dem Klassenkampf nicht entfliehen, indem es der direkten Konfrontation mit der Arbeit in der Produktion aus dem Weg geht. Es kann sein Kommando über die Arbeit nur retten, indem es mit gnadenloser Gewalt das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit im Weltmaßstab neu durchsetzt.“ (Ebd.) Das Kommando des Kapitals über die Arbeit ist demnach einerseits in der Krise; andererseits ist die Krise die Form, in der es sein Kommando ausübt bzw. zurückgewinnt. Anm. d. Übers.
- 4 Die nordamerikanischen Immobilienpreise stiegen seit 1997 unaufhaltsam an, bis zum Zusammenbruch, der Ende 2006 begann (die *S&P Case-Shiller Home Price Indices* stiegen von 2 % auf 16 % jährlicher Zuwachs an). Gleichzeitig stieg das Verhältnis zwischen Hypothekenkrediten und den Immobilienpreisen – die *loan to value ratio* stieg von 70 % auf 90 % – ebenso wie der Anteil an unzureichend gesicherten Krediten – das *subprime*-Segment stieg von 5 % auf 20 % Marktanteil.

- 5 Diese Hedge-Fonds waren die vorrangigen Akteure der Krise. In den drei Jahren vor deren Ausbruch haben sie ihre Aktivitäten verdoppelt und ein Volumen von 2 Billionen US\$ erreicht. Nach dem Ausbruch der Krise befanden sich ein Viertel der 8.000 Hedge-Fonds am Rande des Zusammenbruchs (aus *Telegraph* 24/10/08).
- 6 Laut dem Ranking von *The Banker* gehörten Mitte 1997 HSBC Holding, Chase Manhattan, Crédit-Agricole Indosuez, Citicorp, Tokyo-Mitsubishi, Deutsche, Bank América Corp, ABN Amro, Sumitomo y Dai-Ichi Kangyo zu den zehn größten Banken (Eigenkapital plus Reserven zwischen 15 und 20 Mrd. US\$ bei hohem Anteil an auswärtigen Aktiva). Die Chase Manhattan kaufte und restrukturierte 2008 die bereits erwähnte Bear Stearns und die Washington Mutual. Ende 2008 musste Citicorp gerettet werden; Anfang 2009 wurde das Geldinstitut teilweise verstaatlicht. Die Bank of America, die 2007 die nord-amerikanischen Aktiva der niederländischen ABN Amro aufgekauft hatte, übernahm und restrukturierte Merrill Lynch nach dem Kollaps von Lehmann Brothers. Nicht viel besser erging es den europäischen Banken. Die HSBC Holdings wandelte sich in dieser Dekade in den zweitgrößten Gläubiger von *subprimes* in den USA und musste 2009 diese Abteilung schließen. 2008 erlitt die Deutsche Bank gewaltige Verluste. Die bereits erwähnte ABN Amro schließlich, die 2007 verkauft worden war, ging Bankrott und wurde in den Niederlanden und Großbritannien ab 2008 teilweise verstaatlicht. Der Fall der japanischen Großbanken ist anders gelagert, weil diese sich während der gesamten Dekade restrukturierten. Aus diesem Prozess gingen die Bank of Tokio Mitsubishi UFJ, die Sumitomo Mitsui Banking Corporation und die Mizuho Financial Group hervor.
- 7 FED = Federal Reserve System (US-Notenbank), Paul Volcker war von 1979 bis 1987 deren Vorsitzender (Anm. d. Übers.).
- 8 Die ausschlaggebenden Zinsraten für die Region (die Erlöse der US-10-Jahres-*Benchmark-Bonds*) stiegen im Zeitraum von 1981 bis 1982 um 15 %, während die Dollarinflation um 2,5 % sank. Die Geldkapitalströme in die lateinamerikanischen Länder, die 1981 mit 39,8 Mrd. einen Höhepunkt erreicht hatten (4,6 % des BIP der Region), fielen 1982 auf 20 Mrd. US\$; zwischen 1983 und 1989 beliefen sie sich auf lediglich 8,15 Mrd. US\$ jährlich bzw. 1,2 % des BIP (Angaben der CEPAL). Aber schon im Jahr 1990 waren die Zahlungen genauso hoch wie vor der Schuldenkrise. Sie stiegen in den folgenden Jahren von 61,7 Mrd. US\$ (1992) auf 65,1 Mrd. US\$ (1993), das sind 5,2 % des BIP der Region und damit mehr als die 4,6 % von 1981. Der Rückgang der US-Zinsraten in der Rezession 1990-1991 und die Beibehaltung Jahreszinsrate von 6-7 % während der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit einer stabilen Dollarinflation von 2-3 % jährlich förderten eine neue Verschuldungsspirale.
- 9 Die Daten stammen aus dem Ministerium für Ökonomie, Arbeit und Öffentliche Dienstleistungen (Ministerio de Economía y Obras y Servicios Públicos de la Nación) (Basualdo 2000).
- 10 Von 1990 bis 1997, dem Jahr, in dem der Prozess durch die Krise in Südostasien unterbrochen wurde, erhielten die erwähnten Empfänger von Geldkapitalflüssen 150 Mrd. US\$ (China), 130 Mrd. US\$ (Brasilien), 120 Mrd. US\$ (Mexiko, damit 40 % der Gesamtsumme der drei Länder), 70 Mrd. US\$ (Thailand), 65 Mrd. US\$ (Indonesien), 60 Mrd. US\$ (Korea und Argentinien) und 50 Mrd. US\$ (Malaysia). Das Gesamtvolumen der lateinamerikanischen Auslandsschulden stieg zwischen 1990 und 2000 von 454,9 Mrd. US\$ auf 743,4 Mrd. US\$, während sich das Verhältnis der Verschuldung zum BIP leicht von 37,8 % auf 35,2 % verringerte (auf Basis von Daten der CEPAL).
- 11 Zwischen argentinischem Peso und US-Dollar war ein Umtauschkurs von 1:1 festgelegt. Anm. d. Übers.
- 12 Der Geldkapitalzufluss in die lateinamerikanischen Länder verringerte sich mit der Jahrtausendwende: Zwischen 1992 und 1998 war der Nettotransfer in die Region positiv

- (durchschnittlich 24.600 Mio. US\$ jährlich), wechselte aber zwischen 2002 und 2006 ins Negative (durchschnittlich 63.400 Mio. US\$ jährlich). 2007 deutete sich eine leichte Erholung der Geldkapitalflüsse in die Region an; sie wurde aber durch den Ausbruch der neuen Krise unterbrochen (Daten der CEPAL).
- 13 Von den fünf größten Schuldnern im Krisenjahr 2001 (Russland, die Türkei, Brasilien, Argentinien und Indonesien kamen auf 80 % der Schulden) haben Russland, Brasilien und Argentinien ihre Schulden im Laufe des Jahrzehnts vorzeitig abgelöst, indem sie 52 Mrd. US\$, 15,5 Mrd. US\$ bzw. 9,8 Mrd. US\$ zahlten, während die Gesamtschulden der Türkei und Indonesiens auf 16 Mrd. US\$ bzw. 6,9 Mrd. US\$ stiegen.
 - 14 Die einzige Regierung, die mit dem ausdrücklichen Ziel einer größeren Autonomie für die eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik im Mai 2007 einen Bruch mit IWF und Weltbank ankündigte – auch wenn sie ihn offensichtlich nie vollzog –, ist die unter Hugo Chávez (vgl. *El País*, 2. 5. 2007). (Es sei daran erinnert, dass es ausgerechnet der Versuch seines Vorgängers Carlos Andrés Pérez war, ein verheerendes Strukturanpassungsprogramm des IWF zur Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit des Landes durchzusetzen, dass den *Caracazo* im Februar 1989 auslöste). Bisher ist Venezuela allerdings das einzige große, lateinamerikanische Land, dessen Auslandsschulden im letzten Jahrzehnt angestiegen sind – was im Gegensatz zur Ideologie der Abkoppelung vom Weltmarkt steht, die manche linke Intellektuelle (wie Toussaint 2008) an der bolivarianischen Revolution so begrüßen.
 - 15 Der bisher deutlichste Fall des Verhältnisses Schulden/Finanzreserven ist in der Realität eine Kombination von zwei Faktoren: der schon genannten Tendenz der Entschuldung und der noch viel deutlicheren Tendenz der Erhöhung der Reserven (das Verhältnis BIP/Finanzreserven vergrößerte sich von 1:12,9 auf 1:6). Aber die zuletzt wachsende Anhäufung von finanziellen Reserven muss als Teil der sinkenden Unterwerfung der lateinamerikanischen Länder unter das Kommando-in-der-Krise des Geldkapitals verstanden werden, die wir beobachten.
 - 16 Zur Politik der Schuldenreduzierung der Kirchner-Regierung vgl. Dossier *Deuda Externa/Eterna* 2005; zur Politik Kirchners allgemein vgl. Bonnet 2007. Auch wenn in einigen Einschätzungen abweichend, ist die Antwort von Duménil & Lévy (2007a; 2007b) auf die Frage interessant, in welchem Ausmaß diese Politik einen Bruch mit dem in den 1990ern regierenden Neokonservatismus darstellt.
 - 17 So verhielt sich beispielsweise die argentinische Regierung zu Beginn der Krise. Deutlich wurde dies, als die Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner vor der 63. UN-Versammlung über den „Jazz-Effekt“ sprach; s. http://www.un.org/ga/63/generaldebate/pdf/argentina_es.pdf; in Auszügen veröffentlicht in *Clarín*, 23. 9. 2008.
 - 18 Zudem kann die gegenwärtige Krise für die am stärksten vom Verlauf der US-Ökonomie abhängigen Länder genauso schwer oder noch schwerwiegender werden als die vorangegangenen Krisen. So prognostiziert die Weltbank einen starken Rückgang des mexikanischen Sozialprodukts um 5,8 %; deutlich moderater fallen mit 1,1 % bzw. 1,5 % Rückgang die Prognosen für Brasilien resp. Argentinien aus.
 - 19 Und das obwohl Argentinien diesbezüglich noch nicht einmal das drastischste Beispiel in Lateinamerika darstellt: Venezuela bezog im Jahr 2008 45 % seiner Staatseinkünfte aus dem Export von Erdöl bzw. seinen Derivaten; der Preis für das Barrel Erdöl ist zwischen Mitte 2008 und heute von 150 US\$ auf 50 US\$ gesunken.
 - 20 Der Versuch, an die internationalen Finanzmärkte zurückzukehren, um die Auslandsschulden von 2008 und 2009, die sich auf 16,1 Mrd. US\$ Darlehenssumme und 15,3 Mrd. US\$ Zinsen belaufen, zu bedienen, sorgte für die Ankündigungen der Regierung, mit den Rücklagen die ausstehenden Schulden beim Club von Paris zu begleichen (6,7 Mrd. US\$) und die Verhandlungen um die *hold-outs* wieder aufzunehmen, die zu Beginn des Jahres 2005 noch nicht umgeschuldet worden waren (31,0 Mrd.US\$). Hinzuzufügen wäre, dass

die Vertiefung der weltweiten Krise nicht nur die Möglichkeit ausschloss, an externe Finanzierung zu gelangen, sondern auch die internen Finanzierungsmöglichkeiten schmälerte, weil der inländische mit den internationalen Finanzmärkten verflochten ist. Kurz gesagt: Die Regierung konnte auch keine Schuldentitel in den AFIP-Wertpapieren (den *pension funds*) anlegen, wie es die neokonservativen Regierungen der 1990er Jahre zu tun wussten, weil sie aufgrund ausbleibender Gewinne eben diese AFIPs verstaatlichen musste, um deren Schulden zu vergesellschaften.

Literatur

- Aglietta, Michel (2008): „10 clés pour comprendre la crise“. In: *Le nouvel observateur*, 25. 9. 2008, <http://www.iceta.org/10clesno.pdf>, letzter Aufruf: 5. 10. 2009.
- Basualdo, Eduardo (2000): *Acerca de la naturaleza de la deuda externa y la definición de una estrategia política*. Buenos Aires, <http://www.flacsoandes.org/biblio/catalog/resGet.php?resId=8157>, letzter Aufruf: 5. 10. 2009.
- Bonefeld, Werner, & John Holloway (Hg.) (1995): *Global capital, national state and the politics of money*. London. Deutsch in *Wildcat-Zirkular*, Nr. 28/29 und 30/31 (1996), <http://www.wildcat-www.de/zirkular/28/z28.pdf> und <http://www.wildcat-www.de/zirkular/30/z30bonh2.htm>, letzter Aufruf: 2. 11. 2009.
- Bonefeld, Werner (1996): „Geld, Gleichheit und Ausbeutung: Eine Interpretation der Marx-schen Auffassung vom Geld“. In: *Wildcat-Zirkular*, Nr. 30/31, <http://www.wildcat-www.de/zirkular/30/z30bonef.htm>, letzter Aufruf: 2. 11. 2009 (Engl. Original in Bonefeld & Holloway 1995, Kap. 8)
- Bonnet, Alberto (2000): *Dinero y capital-dinero en la globalización*. Masterarbeit in Wirtschaftsgeschichte und Politischer Ökonomie. Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, FCE-UBA, Buenos Aires.
- Bonnet, Alberto (2001): „La globalización y las crisis latinoamericanas“. In: *Bajo el volcán*, Nr. 3, S. 13-31.
- Bonnet, Alberto (2002): „The command of money-capital and Latin American crises“. In: Bonefeld, Werner, & Sergio Tischler (Hg.): *What is to be done? Leninism, Anti-leninist Marxism and the question of revolution today*. Aldershot, S. 100-127.
- Bonnet, Alberto (2007): „Kirchnerismo: el populismo como farsa“. In: *Periferias. Revista de Ciencias Sociales*, Nr. 14, S. 1514-1559.
- Bonnet, Alberto (2008): *La hegemonía menemista. El neoconservadurismo en Argentina, 1989-2001*, Buenos Aires.
- Bonnet, Alberto (2009, i.E.): „El lock-out agrario y la crisis política del kirchnerismo“. In: *Herramienta*, Nr. 4, ab Dezember 2009 online abrufbar unter <http://www.herramienta.com.ar/revistaweb>.
- Dossier deuda externa/eterna (2005). *Publicación de los Economistas de Izquierda*, Nr. 1, Buenos Aires.
- Duménil, Gérard, & Dominique Lévy (2007a): „El imperialismo en la era neoliberal: respiro y crisis en la Argentina“. In: *Realidad Económica*, Nr. 225. Englische Fassung: „Imperialism in the Neoliberal Era: Argentina's Reprieve and Crisis“. In: *Review of Radical Political Economy*, 38. Jg, Nr. 3, S. 388-396, <http://www.jourdan.ens.fr/~levy/dle2006k.pdf>, letzter Aufruf: 5. 10. 2009.
- Duménil, Gérard, & Dominique Lévy (2007b): „Argentina's Unsustainable Growth Trajectory: Center and Periphery in Imperialism at the Age of Neoliberalism“. Paris, <http://www.jourdan.ens.fr/~levy/dle2006j.pdf>, letzter Aufruf: 5. 10. 2009.

- Cleaver, Harry (1989): „Close the IMF, abolish Debt and end Development: a Class Analysis of the International Debt Crisis“. In: *Capital and Class*, Nr. 39, S. 17-50.
- Lapavitsas, Costas (2007): „Costas Lapavitsas interview: the credit crunch“. In: *International Socialism*, Nr. 117, <http://www.isj.org.uk/?id=395>, letzter Aufruf: 5. 10. 2009.
- Marx, Karl (1983): Das Kapital. Bd. 3, MEW 23, Berlin.
- Toussaint, Eric (2008): „Pour une intégration continentale et une déconnexion partielle du marché mondial capitaliste“. In: *Imprecor*, Nr. 541-542, <http://risal.collectifs.net/spip.php?article2458>, letzter Aufruf: 5. 10. 2009.

Anschrift des Autor
Alberto R. Bonnet
abonnet@unq.edu.ar

LATEIN AMERIKA

NACHRICHTEN // DIE MONATSZEITSCHRIFT

PROBEABO:

3 Monate LN // für 10 Euro
ohne Kündigung //
jetzt bestellen unter
www.lateinamerika-nachrichten.de
oder telefonisch: 030 - 694 61 00



LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

INFORMATIONSBÜRO
NICARAGUA e.V.

www.lateinamerika-nachrichten.de

www.eku-berlin.de

Eine Gemeinschaftsausgabe
September/Oktober 2009

NICARAGUA // VOM GESTERN, HEUTE UND MORGEN EINER REVOLUTION // 30 Jahre nach dem Sturz der Diktatur

Aktuelle Eindrücke zum 30. Jahrestag // Basisbewegungen in Nicaragua // Rückblick auf die deutsche Solidaritätsbewegung